

Bundesverwaltung auch jetzt effektiv und leistungsstark

5
mit dbb seiten

MAGAZIN

Mai 2020 • 70. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

seit Wochen hat uns das Coronavirus fest in der Hand. Es wirkt sich auf alle Bereiche unseres Lebens aus. Altkanzler Helmut Schmidt wird der Spruch „In der Krise offenbart sich der wahre Charakter von Menschen und Institutionen“ zugesprochen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger haben in dieser Ausnahmesituation Charakter gezeigt. Durch die Einhaltung der Auflagen konnte so unter anderem eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindert werden. Wir erleben derzeit trotz der geforderten Distanz eine neue Nähe und Solidarität, wie zum Beispiel durch die vielfache Nachbarschaftshilfe. Wir erleben jedoch auch Egoismus, wenn aus Krankenhäusern und anderen Einrichtungen Desinfektionsmittel entwendet werden.

In den Behörden der Bundesverwaltung wurden seit März ebenfalls zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Der erste Gedanke sollte auch hier den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und deren Gesundheit gehören. Die Einhaltung der Kontaktsperrungen, der besondere Schutz der Risikogruppen vor einer Ansteckung konnte unter anderem durch die umfangreiche Verlagerung der Beschäftigung ins Homeoffice erreicht werden. Mit dieser vorausschauenden Maßnahme wurden bestehende Mängel, zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung deutlich. Trotz dieses Defizits hat sich gezeigt, auf die Bundesverwaltung ist Verlass.

Nicht alle Kolleginnen und Kollegen, die sich für die Funktionsfähigkeit der Verwaltung, für das Gesundheitssystem und die Bürgerinnen und Bürger engagieren, stehen im Fokus. Viele Beschäftigte arbeiten im Hintergrund. Wir möchten in dieser Ausgabe einige weniger bekannte Bereiche ins Rampenlicht rücken.

Die Infektionszahlen nehmen inzwischen einen positiven Verlauf. Die ersten strengen Maßnahmen wurden gelockert und werden in regelmäßigen Abständen von der Bundes- und den Landesregierungen überprüft. Doch wir alle sind aufgefordert,

nun nicht leichtsinnig zu werden und weiterhin die Hygienevorschriften ein- und ausreichend Abstand zu halten. Das gilt ebenso für die Behörden. Das Infektionsrisiko steigt, wenn sich viele Personen in einem Raum aufhalten. Das Gebot, nicht zu eng beieinander zu sein, gilt auch im dienstlichen Umfeld.

Viele Dienststellen der Bundesverwaltung geben inzwischen Schutzmasken an die Beschäftigten aus. Ich begrüße diese Vorgehensweise, dennoch gilt es, weiterhin umsichtig zu handeln. In der Krise gibt es viele Helden. Bei der Corona-Pandemie jedoch zu früh zur alten „Normalität“ und Präsenzpflcht zurückzusetzen, wäre falsch verstandenes Heldentum. Der vbob appelliert an alle Behördenleitungen, die Kolleginnen und Kollegen nicht zu überhastet dem weiterhin bestehenden Infektionsrisiko auszusetzen. Der Fürsorgepflicht und Gesundheitsvorsorge sollte gerade in dieser Ausnahmesituation ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden, auch wenn die Kontaktbeschränkungen noch einen längeren Zeitraum fort-dauern. Die Bundesverwaltung konnte in den vergangenen Wochen, trotz der außergewöhnlichen Arbeitssituation, eindrucksvoll ihre Handlungs- und Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen.

Die Arbeit der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte hat sich durch die Krise ebenfalls verändert. Wir führen beispielsweise eine Vielzahl unserer Besprechungen aktuell als Telefon- oder Videokonferenzen durch. Traditionell hätten wir Sie in dieser Ausgabe des vbob Magazins mit einem Vorbericht über die geplante Sitzung des Bundeshauptvorstandes am 15./16. Mai im dbb forum siebengebirge informiert. Aufgrund der aktuellen Situation musste die Sitzung jedoch abgesagt werden. In der Mitte der Amtszeit des gewählten Bundesvorstandes ein umso schwerwiegender Einschnitt. Wir werden die Fachgruppenvorsitzenden in schriftlicher Form über die Aktivitäten der zurückliegenden Monate und Pläne für die nächsten Wochen informieren und hoffen, uns spätestens im November wieder persönlich treffen zu können.

Liebe Leserinnen und Leser,

vor wenigen Tagen hat die Abteilung D im BMI ihren 100. Geburtstag gefeiert. Am 24. April 1920 hat das Reichskabinett beschlossen, im Innenministerium eine „Besondere Abteilung für Beamtenwesen“ einzurichten. Die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte gratuliert herzlich und freut sich auf die Fortsetzung der Zusammenarbeit bei den vielfältigen Projekten zur Modernisierung der Bundesverwaltung im Sinne der Beschäftigten.

Bleiben Sie umsichtig, halten Sie Abstand und kommen Sie gut und vor allem gesund durch diese bewegte und schwierige Zeit.

Mit den besten Grüßen

Ihre

> Inhalt

> Die Bundesverwaltung auch in der Krise „effektiv und leistungsstark“	4–8
> Corona-Tagebuch	8
> Verdienstmedaille für Dieter Tischmann	9
> Kommentierte Pressestimmen	10
> vbob jugend: Halbzeitbericht	12

> dbb

> Arbeiten in Zeiten der Pandemie: Unverzichtbare im Schatten	13
> Systemrelevante Berufe: Dringend gebraucht, gering geschätzt	19
> dbb akademie	22
> Europäische Grenz- und Küstenwache FRONTEX: Die Zukunft hat bereits begonnen	24
> standpunkt Qualitätsjournalismus ist systemrelevant: Mit Fakten gegen die Infodemie	27
> jugend Öffentlicher Dienst: Hoffentlich hält die Wertschätzung an	28
> Auswirkungen der Corona-Krise: Auszubildende nicht vergessen	29
> arbeitnehmerrechte Mobiles Arbeiten: Was geht, was geht nicht?	30
> Homeoffice: Gesundes Arbeiten zu Hause	32
> nachgefragt bei der Gender-Ökonomin Aline Zucco zur Wertschätzung weiblicher Berufstätigkeit	34
> service für dbb mitglieder	38
> Corona-Apps: Mit Hightech gegen Infektionsketten	40
> eine frage an Prof. Dr. med. Johannes Pantel zur häuslichen Isolation Älterer	42
> interview Prof. Dr. jur. Steffen Augsberg, Deutscher Ethikrat	44

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzende:** Rita Bering. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** vbob, AdobeStock. **Titelbild:** © fizkes / stock.adobe.com.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** MEV und Fotolia. **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 36,00 Euro zzgl. 6,80 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,00 Euro zzgl. 1,40 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 60 (dbb magazin)** und **Preisliste 40 (vbob Magazin)**, gültig ab 1.10.2019. **Druckauflage dbb magazin:** 567 704 (IVW 1/2020). **Anzeigen-schluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Markt-weg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**

Corona-Krise

Die Bundesverwaltung auch in der Krise „effektiv und leistungsstark“

Die Krise hat viele Helden zum Vorschein gebracht. Die Menschen erkennen, welche Berufe und Unternehmen für sie systemrelevant sind. Neben dem Gesundheits- und Pflegesektor sind das beispielsweise auch der Lebensmittelhandel und die Bereiche der Strom- und Wasserversorgung. Der Blick auf diese Wirtschaftszweige hat sich verändert. Doch auch in weniger von der Öffentlichkeit beachteten Sektoren wie unter anderem der Bundesverwaltung zeigen die Beschäftigten aktuell ihre Leistungsbereitschaft und -fähigkeit.

Der Blickwinkel auf die Arbeit der Beschäftigten der Bundesverwaltung durch die Öffentlichkeit variiert. Aktuell sind zum Beispiel die Arbeitsagenturen und die Bundespolizei aufgrund der gestiegenen Gewährung von Kurzarbeitergeld oder der Grenzsicherung stärker im Fokus. Aus dem Organisationsbereich des vbob ragt das Robert Koch-Institut (RKI) in der täglichen Berichterstattung heraus. Doch auch in Behörden wie beispielsweise dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI) und der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk haben durch die Bekämpfung der und Information über die neuartige Atemwegserkrankung COVID-19 kurzfristig an Aufmerksamkeit gewonnen.

Diese Aufzählung bildet allerdings nicht das tatsächliche Geschehen ab. Die Beschäftigten der gesamten Bundesverwaltung sind aktuell an vielen Stellen bei der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit Deutschlands und der Abmilderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Krise tätig. Der Umfang variiert von Behörde zu Behörde oder auch von Aufgabengebiet zu Aufgabengebiet.

> Luftfahrt

Mit Wehmut denken viele Kolleginnen und Kollegen an die Urlaubszeit und bereits gebuchte oder in andere Länder geplante Reisen. Doch der fast vollständige Stillstand des Flugverkehrs bedeutet dennoch nicht einen Lockdown für das Luftfahrt-Bundesamt. Die Beschäftigten des LBA wirken an unterschiedlichen Stellen mit großem Engagement an der Bewältigung der vorher nicht

einmal erahnten Herausforderungen mit.

Viele Staaten schlossen kurzfristig ihre Grenzen und Flüge wurden reihenweise annulliert, was massive Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger hatte. Eine erhebliche Anzahl strandete im Ausland, weil ihr Rückflug nicht mehr wie geplant stattfinden konnte. Das Luftfahrt-Bundesamt als zuständige Beschwerdestelle für die Fluggäste verzeichnete eine Flut von Anfragen besorgter und zum Teil aufgebrachter Bürgerinnen und Bürger, die von den Kolleginnen und Kollegen des Bürger-Service-Centers mit großer Geduld und hohem Einsatz beantwortet wurden und werden. Zugleich haben Beschäftigte des Bereiches Fluggastrechte neben der Klärung genereller Fragestellungen (besteht bei den Flugannullierungen wegen Corona überhaupt ein Rechtsanspruch auf Entschädigung? Wie verhält es sich mit den Betreuungsleistungen?) jetzt eine Vielzahl an Beschwerden zu bewältigen.

> Flugzeuge stehen am Boden.

Das Auswärtige Amt hat mit großem Engagement die Rückholung gestrandeter Bürgerinnen und Bürger organisiert und andere Behörden sowie gemeinnützige Organisationen und Wirtschaftsunternehmen beschaffen dringend benötigtes Hilfsmaterial, Arzneimittel, Ersatzteile und vieles mehr. Doch wussten Sie, dass dieses vielfach ohne die Beschäftigten des Luftfahrt-Bundesamtes nicht möglich wäre?

Die Kolleginnen und Kollegen tragen in zum Teil kurzfristig eingerichteten Bereitschaftsdiensten auch zu ungünstigen Zeiten dafür Sorge, dass die notwendigen Genehmigungen an die Luftfahrtunternehmen – wie zum Beispiel Ein- und Ausflugerlaubnisse – schnellstmöglich erteilt werden.

Mit großem Einsatz sind die Beschäftigten unterschiedlichster Abteilungen im Einsatz, um die aufgetretenen Fragestellungen der techni-



© Jürgen Koch

> Blick aus dem Tower – nicht viel los am Flughafen München ...

schen Betriebe, Flugschulen, Piloten, Luftfahrtunternehmen beantworten zu können. Kurzfristige Lösungen für die Anzahl befristeter Genehmigungen, Lizenzen usw. waren zu finden. Mit Allgemeinverfügungen hat das Luftfahrt-Bundesamt für passende Interimslösungen gesorgt. Prüfungen (zum Beispiel für angehende Pilotinnen und Piloten) mussten jedoch vorerst abgesagt werden.

> **Auswirkungen innerhalb des LBA**

Die Beschäftigten des Krisenstabes des LBA beriefen sehr schnell die ersten Sitzungen ein, um gemeinsam mit der Leitung und den Interessenvertretungen die Situation zu erörtern sowie Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten festzulegen. Schnell standen die Regelungen für Dienstreisen oder Beschäftigte, die sich



© Mak / stock.adobe.com

zuvor in einem Risikogebiet aufgehalten hatten, fest. Kolleginnen und Kollegen, die noch auf Dienstreise waren, wurden zurückbeordert. Neue Beschlüsse der Regierung oder neue Erlasse wurden von den Beschäftigten im Krisenstab sofort auf ihre Auswirkungen überprüft und weitere Handlungen eingeleitet.

Für die Beschäftigten wurde frühzeitig und im großen Umfang Homeoffice ermöglicht. Das haben wir vor allem der enormen Leistung unserer Kolleginnen und Kollegen im IT-Bereich zu verdanken. Insgesamt würde ohne den Zentralbereich wenig gehen. Neue Besprechungsformate wurden gefunden, schon geplante Fortbildungen neu terminiert oder auf unbestimmte Zeit verschoben. Vor allem der Innere Dienst hat enormes zu leisten: Die sonst so standardisierte Beschaffung von persönlicher Schutzausrüstung wie Desinfektionsmittel wird in diesen Zeiten wirklich zu einer Mammutaufgabe.

Eine zusätzliche Herausforderung stellen die zu überarbeitenden Gefährdungsbeurteilungen

„Corona“ zum Beispiel für Tätigkeiten, bei denen man den Mindestabstand nicht einhalten kann, sowie die Unterweisungen dar: Wie all dieses gewährleisten, wenn kein persönlicher Kontakt erfolgen soll? Wann und unter welchen Maßgaben soll die geschlossene Kantine wiedereröffnet werden?

Nebenbei waren natürlich noch die Personalratswahlen abzuhalten. Der Dank gilt hier dem Wahlvorstand und den Wahlhelferinnen und -helfern, die unter anderem eine ungeplante Welle von Briefwahlunterlagen abzuarbeiten hatten. Die Unterstützung des vbob bei aufgetretenen Fragen war ebenfalls von großem Wert – Danke auch hierfür!

Ausbildung

Bereits in der Zeit der Einschränkungen gilt es, die Zukunft zu planen. In der Bundesverwaltung braucht es gut ausgebildetes und für die herausfordernden Arbeiten vorbereitetes Personal. Von der Schließung der

Schulen waren selbstverständlich auch die Berufsschulen betroffen. Ausbilderinnen und Ausbilder in den Behörden mussten durch die Schließungen der Kitas und Schulen die Betreuung der eigenen Kinder organisieren. In den Behörden haben sich viele Arbeitsplätze vom Büro in den Haushalt verlagert. Doch Ausbildung im Homeoffice, Ausbildung unter diesen Bedingungen, ist das überhaupt möglich?

Die Berufsschulen stellten regelmäßig per E-Mail den vom Wegfall des Unterrichts betroffenen Schulaufgaben zur Verfügung. Die Kommunikation und das notwendige Lerngeschehen zwischen Lehrkraft und Berufsschülern fand ausschließlich auf elektronischem Wege statt. Ähnlich verhielt es sich mit dem Bundesverwaltungsamt, welches im Rahmen der Berufsausbildung aufgrund der Durchführung von wichtigen Lehrgängen ebenfalls ein wichtiger Ausbildungspartner ist. Das BVA stellte innerhalb kürzester Zeit auf einer eigenen Lernplattform Übungsaufgaben für die Auszubildenden zur Verfügung und auch hier funktionierte der „neu initiierte digitalisierte Lerndialog“ zwischen Dozentinnen und Dozenten auf der einen Seite und den Absolventinnen und Absolventen der Berufsausbildung auf der anderen Seite.

Schnell kam dann die Frage auf: „Was ist

denn mit der praktischen Berufsausbildung?“ Eine praktische betriebliche Berufsausbildung kann man nicht ansatzweise auf Abstand bzw. digitalisiert vornehmen. Um jedoch auch diese Zeit jetzt für die Berufsausbildung möglichst sinnvoll nutzen zu können, wurden auch diese Auszubildenden seitens der Ausbildungsleitung gleichfalls zu Hause mit Aufgaben per E-Mail versorgt.

Ob vor dem Hintergrund des zuvor Geschilderten die diesjährigen Abschlussprüfungen termingerecht durchgeführt werden oder aber ob diese verlegt und zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres abgenommen werden müssen, steht aktuell noch nicht fest und hängt auch sicherlich von der weiteren Entwicklung dieses „beruflichen Ausnahmezustandes“ ab. Gleiches gilt sicherlich für den planmäßigen Ausbildungsbeginn, wo die neuen Auszubildenden ab Sommer schon quasi „in den Startlöchern stehen“.

► Persönlicher Einblick ins Homeoffice

Viele Kolleginnen und Kollegen konnten ihre Arbeit ins Homeoffice verlagern. Sie schätzen diese Möglichkeiten. Das auch bei einer Verlagerung des Arbeitsplatzes nicht alle Herausforderungen gelöst sind, zeigt die Rückmeldung eines vbob Mitglieds aus dem Bundesamt für Arbeitsschutz und Arbeits-



medizin. **Carsten Ruhm**, Beschäftigter bei der Bundesstelle für Chemikalien, übersandte uns folgenden, sehr persönlichen Einblick in seinen Tagesablauf zwischen Homeoffice und alleinerziehendem Familienvater:

„Das Coronavirus verlangt dem gesamten öffentlichen Dienst derzeit alles ab, aber ich bin stolz darauf, wie effektiv und leistungsstark wir uns dem Bürger präsentieren! Viele Bereiche der öffentlichen Verwaltung arbeiten an ihrer Kapazitätsgrenze, viele Mitarbeiter an ihrer persönlichen Belastungsgrenze. Auch ich habe an einigen Tagen diese Grenze erreicht, obwohl beziehungsweise gerade weil ich von zu Hause aus arbeiten kann. Ein Teil meiner dienstlichen Aufgaben hängt mit der Bereitstellung von Desinfektionsmitteln für Verbraucher, Handel und Industrie zusammen und die Beseitigung des Versorgungsengpasses ist derzeit eine große Herausforderung. Hinzu kommt, dass ich als alleinerziehender Vater meine schwerbehinderte Tochter betreue, aber auch mit ihr die von der Schule be-

reitgestellten Lerninhalte erarbeiten muss. Da sich mein Haushalt auch nicht von alleine macht, sind an manchen Tagen 18 Stunden arbeiten im Nu erreicht. Ich bin mir sicher, dass es vielen Kolleginnen und Kollegen ähnlich geht – ich bin mir aber auch sicher, dass alle froh sind, im Homeoffice arbeiten zu können und sich keine Sorgen über Kurzarbeit oder Kündigung machen müssen! Die nächsten Wochen werden sicher nicht einfacher; ich weiß aber, dass nicht nur ich selbst, sondern alle Kolleginnen und Kollegen der BAuA sowie jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes weiterhin sein Bestes geben wird.“

„Charakter zeigt sich in der Krise“, dieser Altkanzler Helmut Schmidt zugesprochener Satz gilt auch in Zeiten der Corona-Krise. Viele Kolleginnen und Kollegen zeigen in der Krise Charakter und Ideenreichtum, um diese Krise zu bewältigen und hoffentlich gestärkt aus ihr hervorzugehen. Auf die Bundesverwaltung und ihre Beschäftigten ist Verlass.

rb



> Carsten Ruhm im Homeoffice

> Corona-Tagebuch

Auszüge aus dem „Corona-Tagebuch“ unseres Mitglieds Elisabeth Schöley, Umweltbundesamt, Dessau, im Homeoffice ...



© E. Schöley

Tag 0 – 3. März 2020 – erste Info zum Coronavirus vom Personalreferat – mobile Arbeit ab sofort möglich als Präventionsmaßnahme oder bei Betreuungspflichten; vorsorgliche Ankündigung zur Absage von Veranstaltungen und zu Einschränkungen bei Dienstreisen, Hinweise zum Gesundheitsschutz

Der Coronavirus scheint noch so fern zu sein. Ich glaube nicht, dass die für den 28. und 29. April geplante Fachtagung abgesagt wird.

Tag 8 – 11. März 2020 – Info vom Personalreferat: endgültige Absage aller Dienstreisen im April 2020, Ausnahme:

Reisen zwischen den UBA-Standorten

Eine Kollegin informiert mich einen Tag später darüber, dass unsere Fachtagung nicht stattfinden kann.

Tag 14 – 17. März 2020 – Info vom Krisenstab: Lockerung des Verbots, dienstliche Informationen auf privaten Geräten zu verarbeiten; Vertrauensarbeitszeit; Hinweise der Liegenschaftsbewirtschaftung

Ich bin heilfroh, dass ich einen PC vom UBA zu Hause habe. Die Spielplätze sind nun auch geschlossen. Wir leben im Grünen, mit Haus und Garten. Ich bedaure alle Familien, denen es nicht so gut geht.

Tag 16 – 19. März 2020 – Info vom Krisenstab: Aufforderung zur mobilen Arbeit mit wenigen Ausnahmen; Gutschrift der individuellen Regelarbeitszeit, BMI-Rundschreiben vom 16. März 2020: Gewährung von Sonderurlaub bzw. Arbeitsbefreiung anlässlich aktueller Entwicklungen in Bezug auf das Coronavirus (COVID-19) zur Kinderbetreuung; Gehaltszahlungen/Besoldungen; IT-Infrastruktur; Postzustellung

Ab heute dürfen nur die Beschäftigten in die Dienstgebäude, die im Krisenstab sind, für die kritische Infrastruktur arbeiten oder ähnlich wichtige Tätigkeiten verrichten. Die Personalratswahlen finden dennoch statt. – Eine gute Nachricht!

Tag 31 – 3. April 2020 – Info vom Krisenstab: Hinweise zu Zeiterfassung, Urlaub, Quarantäne, Veranstaltungen, IT-Infrastruktur, Reinigung

Die ersten drei Wochen dieser Krise habe ich sozusagen aus dem „Off“ (Sonderurlaub) erlebt. Heute beginnt mein erster Arbeitstag im Homeoffice. Ich stehe noch ein paar Minuten früher auf als sonst und lege bereits um 6 Uhr los, wenn meine Familie noch schläft.

Tag 45 – 17. April 2020 – Info vom Krisenstab: Sonderurlaub (nach verbrauchten Alturlaubstagen und Gleittagen), Quarantäne, Freistellung für Rettungs- und Hilfsdienste

Hab wieder zeitig frühmorgens begonnen. Es wird immer schwerer, meinen dreijährigen Sohn und meine fünfjährige Tochter zu Hause zu halten und „nebenbei“ zu arbeiten.

Die Amtsleitung verlängert die Anordnung bis zum 3. Mai, danach werden die Büros schrittweise wieder belegt. Wir haben fast ausschließlich Doppel- und Dreierbüros. Jetzt sind kreative Lösungen gefragt. Irgendwie wird es schon gehen. Muss ja ... irgendwie ...

E. Schöley

Verdienstmedaille für Dieter Tischmann

Unser langjähriges Mitglied Dieter Tischmann aus Alfter wurde im März mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland für sein Engagement ausgezeichnet.

„Schon seit vielen Jahren sind Sie sehr umtriebig. So wurden Sie für Ihr bürgerschaftliches Engagement um den internationalen Jugendaustausch bereits in den Jahren 2013 und 2014 parteiübergreifend mit dem Ehrenamtspreis der Bonner CDU ausgezeichnet“, mit diesen Worten würdigte Vizelandrat Denis Waldästel bei seiner Laudatio im Trauzimmer des Rathauses der Gemeinde Alfter die Verdienste des in Maldeuten/Ostpfeußen geborenen Dieter Tischmann, der bereits seit Langem in dieser Gemeinde des Rhein-Sieg-Kreises heimisch ist.

Vizelandrat Denis Waldästel zitierte in seiner Laudatio aus der amtlichen Ordensbegründung des Bundespräsidenten, in der es heißt: „Dieter Tischmann hat durch sein vielfältiges ehrenamtliches Engagement in den Bereichen der Jugendförderung und der Völkerverständigung auszeich-



> Vizelandrat Denis Waldästel (links) und der Alfterer Bürgermeister Dr. Rolf Schumacher (rechts im Bild) gratulieren Tischmann.

nungswürdige Verdienste erworben“.

So gehörte Dieter Tischmann, der bis zu seinem Ruhestand 2007 im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend tätig war, schon 1975 zum Gründungsmitglied

der Deutsch-Finnischen Gesellschaft e. V., Bezirksgruppe Bonn. Dieser gehörte er bis 1991 als Vorstandsmitglied an.

Als verantwortlicher Leiter führte er Jugendbegegnungen und Austausche mit Finnland durch.

Zudem engagierte sich Dieter Tischmann seit 1991 im Bonner Verein für Jugendförderung e.V. (BJV), der außerschulische internationale Jugendbegegnungen und Jugendfachkräfteaustausche organisiert und durchführt.

Seit März 2014 ist Dieter Tischmann stellvertretender Vorsitzender des Potsdam-Clubs e.V. Bonn. Dieser Verein hat sich die Förderung der Städtepartnerschaft Bonn und Potsdam zur Aufgabe gemacht. Dabei beteiligt sich Dieter Tischmann an der Organisation regelmäßig stattfindender Informationsveranstaltungen und der Kooperation vernetzter Zusammenschlüsse.

„Lieber Herr Tischmann, dieser Orden ist die Würdigung Ihrer Leistungen und Verdienste, auf die Sie mit Recht stolz sein dürfen“, mit diesen Worten überreichte Vizelandrat Denis Waldästel die Ordensinsignien verbunden mit den Glückwünschen des Ministerpräsidenten Armin Laschet und der Regierungspräsidentin Gisela Walsken. ■

Kommentierte Pressestimmen

„Es gibt Berge, über die man hinüber muss, sonst geht der Weg nicht weiter.“ Ludwig Thoma, deutscher Schriftsteller (1867–1921)

Die Pandemie hat nahezu die ganze Welt im Griff; ein Ende ist leider noch nicht absehbar. Mehr als zwei Millionen Menschen sind weltweit bislang mit dem Coronavirus infiziert. Um bei dem vorgenannten Bildnis des Berges zu bleiben: Wir alle sind leider immer noch auf einem steilen und beschwerlichen Anstieg des Berges. Wann wir den Gipfel sehen, ihn erreichen, ist aktuell nicht absehbar. Zwei Dinge stehen aber jetzt bereits fest – wir werden das Ziel erreichen und diese große Herausforderung ausschließlich gemeinsam meistern!

Kurzarbeit auch im öffentlichen Dienst? Was auf den ersten Blick absolut unverständlich und irgendwie auch absurd klingt, ist auf den zweiten Blick für einige Bereiche des öffentlichen Dienstes trotzdem inzwischen bittere Realität geworden. Der „Behörden-Spiegel“ beschäftigt sich vor diesem Hintergrund in seiner Ausgabe vom 2. April 2020 mit dieser Thematik. Für die meisten Bereiche des öffentlichen Dienstes etwa bei Krankenhäusern, Pflegediensten oder in den Jobcentern ist Kurzarbeit selbstverständlich überhaupt kein Thema. Anders jedoch kann es bei eigenwirtschaftlichen Betrieben aussehen, wie Museen, Schwimmbädern, Theatern oder im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). In diesen Bereichen seien die Beschäftigten nun jedoch durch den neuen „COVID-19-Tarifvertrag“ für den öffentlichen Dienst umfassend abgesichert, betont der ver.di-Bundesvorsitzende Frank Werneke. Gewerkschaften und die Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) hatten sich auf Eckpunkte für den Tarifvertrag geeinigt. Die Gremien auf beiden Seiten, die Mitgliederversammlung bei der VKA sowie die Bundestarifkommissionen bei ver.di und dem dbb beamtenbund und tarifunion haben inzwischen zugestimmt. Somit stocken im Ergebnis die kommunalen Arbeitgeber,

rückwirkend zum 1. April 2020, das Kurzarbeitergeld der Bundesagentur für Arbeit von 60 Prozent der Nettoentgelt-differenz zwischen dem bisherigen Einkommen und dem Einkommen aus Kurzarbeit auf. Bis zur Entgeltstufe „E 10“ auf 95 Prozent und ab der Entgeltstufe elf auf 90 Prozent. Dabei handle es sich um ein zuzusatz-versorgungspflichtiges Entgelt.

Der Verdienstausschlag werde auf ein Minimum begrenzt, sagt Volker Geyer, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik. Zudem gilt ein umfassender Beschäftigtenschutz. Betriebsbedingte Kündigungen werden während der Kurzarbeit und für einen dreimonatigen Zeitraum danach ausgeschlossen. Ausgenommen von der Arbeitsreduzierung seien zudem Schwangere und werdende Väter, bei denen die Verkürzung sich auf das Elterngeld auswirken würde sowie Auszubildende und Beschäftigte in Altersteilzeit. Bislang war die Kurzarbeit im Tarifregelwerk des öffentlichen Dienstes nicht enthalten. Das soll im Grundsatz auch so bleiben, weshalb die Regelung ausschließlich für die Corona-Epidemie gelten und ohne Nachwirkungen am 31. Dezember 2020 enden soll. Der „COVID-19-Tarifvertrag“ sei ausschließlich ein Beitrag für eine absolute Ausnahmesituation, aber kein Muster.

Grundsätzlich habe man im öffentlichen Dienst zu viel und nicht zu wenig Arbeit, so Geyer. Dem ist nichts hinzuzufügen!

Die neulich beschlossenen Lockerungen der Bundesländer für die Schulen bedeuten große neue Herausforderungen für die Lehrerinnen und Lehrer. Die Schulen sollen zwar noch bis Anfang Mai geschlossen bleiben, in vielen Bundesländern aber ab dem 4. Mai 2020 langsam wieder geöffnet werden. Als Erstes soll der Präsenzunterricht für Abschlussklassen wieder aufgenommen werden.

Kitas und Grundschulen bleiben bis auf Weiteres geschlossen. Hierzu steht in der Regierungserklärung: „Vor der Öffnung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen ist ein Vorlauf notwendig, damit vor Ort die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen getroffen und zum Beispiel die Schülerbeförderungen organisiert werden können.“ Die „vor Ort notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen“ und deren Organisation liegen damit oftmals in den Verantwortlichkeiten der Schulleiter und Schulleiterinnen. Sie sind diejenigen, die neue Stundenpläne mit kleineren (Teil-)Klassen innerhalb kürzester Zeit organisieren müssen. Durch die Bildung von Teilklassen sollen dann künftig die geforderten Hygienemaßnahmen und Abstandsgebote

besser einzuhalten sein. Auch haben sie jetzt verstärkt die Verantwortung für die Gesundheit der Lehrkräfte im Blick. Aufgrund der Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer dürften viele von ihnen zur Risikogruppe der Pandemie gehören und für einen Unterricht nicht in jedem Fall infrage kommen.

Schutzausrüstung an den Schulen? – Bislang sind sie leider nicht vorhanden, obwohl sie dringend gebraucht würden! Auch Desinfektionsmittel wird nun überall benötigt. An vielen Schulen erfüllen nicht mal die sanitären Einrichtungen die geforderten elementaren hygienischen Voraussetzungen, zum Beispiel funktionierende Waschbecken, möglichst mit einer Warmwasserversorgung. Wie soll das alles in kürzester Zeit bewältigt, umgesetzt und so die Voraussetzungen für eine „gefahrenfreie geeignete Lernumgebung“ für alle Beteiligten geschaffen werden?

Ach, zum Schluss eines noch: Alle Schulprüfungen, ob der Hauptschulabschluss, der mittlere Schulabschluss und das Abitur – so die Vorgabe der Kultusminister(innen) – sollen ordnungsgemäß zeitnah durchgeführt werden. In dieser Zeit möchte wohl auch niemand mit den betroffenen Prüflingen tauschen! *cm*

vbob jugend

Halbzeitbericht – Teil 2

Im Jahr 2018 fand der Bundesvertretertag vom vbob statt. Dort haben wir als Jugend zehn Anträge eingereicht. Neun dieser Anträge wurden durch den Bundesvertretertag angenommen. Gerne berichten wir vom aktuellen Umsetzungsstand, um Euch auf dem Laufenden zu halten. Dies ist der zweite Teil vom Halbzeitbericht, welcher die Anträge mit den Nummer 6 bis 9 behandelt.

Flexible Arbeitszeiten werden im öffentlichen Dienst immer wichtiger. Deswegen gab es auch hier einen Antrag mit der Nummer 6. Dieser ist laufend in Arbeit, da es sich immer öfter ergibt, dass Telearbeit genutzt werden kann. Auch gibt es unglaublich viele Teilzeitmodelle bereits im öffentlichen Dienst. Das, was nun auf der Agenda steht, wäre ein Langzeitarbeitskonto. Gerade in den Zeiten der aktuellen Corona-Krise zeigen sich einige Behörden auf einmal sehr flexibel. Dabei zeigt sich dann auch sehr gut, dass viele Ängste zu den flexiblen Möglichkeiten zu Arbeiten nicht eintreffen. In einigen Bereichen wird sogar in der Heimarbeit mehr geschafft als im Büro.

Der Antrag 7 war der umfassendste Antrag. Hier geht es um die Neustrukturierung der Jugendarbeit und Anpassung

an die Strukturen und Vorgabe durch die dbb jugend. Hier wurden uns einige Vorgaben gemacht, die unter anderem auch Satzungsänderungen betreffen. Als AG Jugend haben wir uns intensiv mit Satzungen anderer Verbände befasst, um hier den besten Weg zu finden und das auch bei uns möglich zu machen.

Aktuell gibt es bereits einen konkreten Vorschlag zur Satzungsänderung. Ebenfalls haben wir unsere Geschäftsordnung komplett überarbeitet, um die entsprechenden Punkte zu berücksichtigen. Da wir gründlich sind, haben wir auch bereits eine passende Wahlordnung verfasst. Diese Dokumente wurden mit dem dbb abgestimmt. Aktuell liegen diese Entwürfe bei der Bundesleitung, um dann von dort möglichst bald auch im Bundeshauptvorstand behandelt zu



© Hagen Immel

werden. Hier gilt es dann noch einmal zu erinnern, dass diese Änderungen der Ausfluss auf dem genehmigten Antrag vom Bundesvertretertag sind. Somit steht es nicht zur Diskussion, hier etwas zu ändern, sondern höchstens noch die Form.

Im Antrag 8 geht es um die Erhöhung der Auszubildendenkapazitäten, um für den demografischen Wandel vorbereitet zu sein. Hier gibt es auch bereits die ersten Erfolge. Der Ausbilder des Bundes, das Bundesverwaltungsamt, hat seine Ausbildung aufgestockt. Anstatt zwei Kurse gibt es bereits drei Kurse für Anwärter des mittleren Dienstes. Auch soll es dabei nicht bleiben, sondern eine weitere Aufstockung ist geplant, sodass bald circa 80 Personen pro Lehrjahr sich in der Ausbildung befinden sollen. Auch ist geplant, eine Fortbildungseinrichtung einzusetzen, um es Quereinsteigern einfacher zu machen, in der Verwaltung Fuß zu fassen.

Antrag 9 wurde vom Bundesvertretertag abgelehnt, so dass zuletzt der Sachstand von Antrag 10 berichtet wird. Hier ging es darum, endlich eine einheitliche zentrale Mitgliederdatenbank einzusetzen, die auch Auswertungen ermöglicht. So wäre es dann auch viel einfacher, Ansprechpartner für die Jugend bei den verschiedenen Fachgruppen zu finden. Auch haben wir damit bessere Chancen, mehr Sitze und Stimmen in den dbb Gremien zu bekommen, wenn wir dann valide Zahlen liefern können.

Es wurde ein System bereits ausgewählt und wir sind gespannt, wann es hier zu einer Umsetzung kommen kann. Durch die Einführung einer Cloud, die ohne Antrag von der Jugend forciert wurde, ist auch bereits ein toller Rahmen geschaffen, um zentral und einheitlich miteinander zu arbeiten.

Wie ihr lesen könnt, sind in einigen Bereichen bereits gute Vorarbeiten geleistet worden. Nun geht es langsam in den Endspurt. Wir hoffen, auf dem Bundesvertretertag 2022 hinter jedem dieser Anträge einen Haken setzen zu können.

tdg